

Die Gemeinde Vilgertshofen erlässt aufgrund von Art. 28 des Gesetzes über das Landesstrafrecht und das Ordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraf- und Ordnungsgesetz - LStVG) (BayRS 2011-2-I) folgende

Verordnung über das Anbringen von Anschlägen und Plakaten in der Öffentlichkeit auf bestimmten Flächen (Plakatierungsverordnung)

§ 1

Begriffsbestimmungen

- (1) Anschläge in der Öffentlichkeit im Sinne dieser Verordnung sind Plakate, Zettel, Schilder, Tafeln, Bildwerfer oder Transparente, die an unbeweglichen Gegenständen, wie z. B. Gebäuden, Bäumen, Mauern, Zäunen, Geländern, Licht- und Telefonmasten sowie Stromkästen oder an beweglichen Gegenständen, wie z. B. Plakatständern, Fahrzeugen oder Fahrzeuganhängern ohne Zugfahrzeug, befestigt sind.
- (2) Anschläge befinden sich in der Öffentlichkeit, wenn sie von einer unbestimmten Anzahl von Personen wahrgenommen werden können, insbesondere im öffentlichen Verkehrsraum oder von ihm aus.
- (3) ¹Die Vorschriften insbesondere der Straßenverkehrsordnung, des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes, des Bundesfernstraßengesetzes, der Bayerischen Bauordnung (BayBO) und des Baugesetzbuches bleiben unberührt. ²Insbesondere ortsfeste Anlagen der Wirtschaftswerbung (Werbeanlagen), die von der Bayerischen Bauordnung erfasst werden, fallen nicht unter den Regelbereich dieser Verordnung.

§ 2

Beschränkung von Anschlägen auf bestimmte Flächen

¹Zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes dürfen Anschläge in der Öffentlichkeit nur an den von der Gemeinde Vilgertshofen aufgestellten Anschlagtafeln (Issing: Anschlagtafel am Ortsplatz, Landsberger Straße; Mundraching: Anschlagtafel im Bushäuschen, Bergstraße; Pflugdorf: Aushänge vor der Gemeindeverwaltung; Anschlagtafel unterhalb der Kirche, Weilheimer Straße; Stadl: Anschlagtafel auf dem Kirchenvorplatz; Vilgertshofen: Anschlagtafel gegenüber Anwesen Ulrichstraße 11) angebracht werden. ²Unzulässig sind insbesondere Plakate und Anschläge an Bushäuschen (mit Ausnahme der in Satz 1 genannten), an öffentlichen Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen.

§ 3

Genehmigung, Anforderungen an die Anschläge

- (1) ¹Das Anbringen von Anschlägen bzw. das Aufstellen von Plakatständern ist genehmigungspflichtig. ²Ausgenommen sind hiervon Veranstaltungsankündigungen von örtlichen Vereinen, Organisationen, Institutionen und Kirchen, wenn sie nicht länger als vier Wochen vor dem geplanten Veranstaltungstermin aufgehängt werden und die Plakate anderer nicht überhängt werden, solange diese noch aktuell sind.
- (2) Darstellungen durch Bildwerfer dürfen in der Öffentlichkeit nur nach vorheriger Genehmigung durch die Gemeinde Vilgertshofen vorgeführt werden.
- (3) Eine Genehmigung ist grundsätzlich spätestens sieben Tage vor der geplanten Aufstellung bzw. vor dem geplanten Anschlag schriftlich bei der Gemeinde zu beantragen.
- (4) Die Plakate dürfen weder durch Form, Farbe und Größe noch durch Art und Ort der Anbringung Anlass zu Verwechslungen mit Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen geben oder deren Wirkung beeinträchtigen.
- (5) Auf den Anschlägen ist jeweils der für den Inhalt und die Aufstellung Verantwortliche mit Adresse zu benennen.

§ 4

Wahlen und Abstimmungen

1Den politischen Parteien und Wählergruppen, sowie den Antragstellern für Volksbegehren und Volksentscheide wird gestattet, sechs Wochen vor und eine Woche nach Wahlen und Abstimmungen bewegliche Wahlplakatständer auf Gehsteigen und außerhalb von Verkehrsflächen liegenden Grundstücken aufzustellen, wenn dadurch weder der Fußgängerverkehr behindert, noch der fließende Verkehr auf den Straßen beeinträchtigt wird.

2Die Plakate dürfen weder durch Form, Farbe und Größe noch durch Art und Ort der Anbringung Anlass zu Verwechslungen mit Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen geben oder deren Wirkung beeinträchtigen.

§ 5

Ausnahmen

(1) Die Gemeinde Vilgertshofen kann in besonderen Fällen Ausnahmen von § 2 der Verordnung zulassen, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt wird und die Beseitigung der Anschläge innerhalb von sieben Tagen nach der Veranstaltung gewährleistet ist. Die Ausnahmegenehmigung kann zeitlich befristet, mit einem Vorbehalt des Widerrufs, mit Bedingungen oder Auflagen erteilt werden.

(2) Von der Beschränkung nach § 2 der Verordnung ausgenommen sind:

1. Veranstaltungsankündigungen von örtlichen Vereinen, Organisationen, Institutionen und Kirchen

2. Bekanntmachungen und Anschläge, die von den Eigentümern, dinglich Berechtigten, Pächtern oder Mietern von Anwesen oder Grundstücken an diesen in eigener Sache angeschlagen werden.

3. Plakate, die von Zirkussen, Jahrmarktschreier-Veranstaltungen und Kleintheatern für ihre Aufführungen im Gemeindegebiet an privaten Einfriedungen, Geländern und Mauern aufgehängt werden und für diese Werbung machen. Es ist ihnen gestattet, höchstens zwei Wochen vor der Veranstaltung Plakate anzubringen.

4. Anschläge, welche in den Schaufenstern von Gewerbetreibenden ausgestellt werden.

(3) Alle in § 5 Abs. 2 genannten Werbemittel müssen innerhalb von sieben Tagen nach der Wahl bzw. Veranstaltung wieder entfernt werden.

(4) Die Grundschule, die Kindergärten und die gemeindlichen Friedhöfe sowie alle dorthin führenden Zuwege sind immer von Plakatwerbung freizuhalten.

§ 6

Ordnungswidrigkeiten

1Nach Art. 28 Abs. 2 LStVG in Verbindung mit dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) kann mit Geldbuße bis zu 500,00 € (i. W. fünfhundert) belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Vorschriften dieser Verordnung und den Richtlinien zuwiderhandelt.

2Nach Art. 28 Abs. 3 LStVG kann die Gemeinde die Beseitigung von Anschlägen, die entgegen dieser Verordnung angebracht wurden, anordnen. 3Die Kosten hierfür sind vom Verursacher zutragen.

§ 7

In-Kraft-Treten

1Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntgabe in Kraft. 2Sie gilt 20 Jahre.

Gemeinde Vilgertshofen
Vilgertshofen, den 16. Juni 2014

gez.
Dr. Albert Thurner
Erster Bürgermeister

gez.
Siegel

Bekanntmachungsvermerk:

Die Verordnung wurde am 26.06.2014 in der Gemeindeganzlei und in den Amtsräumen der Verwaltungsgemeinschaft Reichling zur öffentlichen Einsichtnahme niedergelegt. Hierauf wurde durch Anschlag an den Amtstafeln der Gemeinde und an der Amtstafel der Verwaltungsgemeinschaft Reichling hingewiesen. Die Anschläge wurden am 26.06.2014 angebracht und am 10.07.2014 wieder entfernt.

Reichling, den 16.07.2014

gez.
Siegel

gez.
Birk, VfW